

## **Politikerinnen in Weimar – endlich der Beginn einer Spurensuche! Forschungen zum Frauenwahlrecht im Ruhrgebiet**

Susanne Abeck & Uta C. Schmidt

Im Rahmen des Jubiläumsjahres BAUHAUS 100 konnten wir mit finanzieller Unterstützung der beiden Landschaftsverbände LVR und LWL ein Forschungsprojekt zum Frauenwahlrecht im Ruhrgebiet durchführen. Unsere Erkenntnisinteressen zielten auf den Beginn der Weimarer Republik mit der Einführung des allgemeinen, freien und gleichen Wahlrechts. Im Horizont geschlechtergeschichtlicher demokratiebezogener Forschung ging es uns um Protagonistinnen, Milieus, Orte, Praktiken und Diskurse der Wahlrechtsaktivitäten.

Wir können für unser Untersuchungsgebiet nicht nur früh demokratische Positionen belegen, sondern auch bisher weitgehend unbekannte Politikerinnen bekanntmachen, wie zum Beispiel Albertine Badenberghaus (1865–1965) aus (Essen-)Steele, die von 1924 bis 1932 Zentrums-Abgeordnete im Preußischen Landtag war und aus deren Schriftüberlieferungen ihr Selbstverständnis als politische Akteurin rekonstruiert werden kann. Es lassen sich mit der sozialdemokratischen Essener Familie Deupner Kontinuitätslinien bis hinein in die Bundesrepublik aufzeigen. Die aus Hörde stammende Politikerin Helene Wessel (1898–1965) wurde nach 1945 die erste Vorsitzende einer Partei und saß als eine von vier Frauen im Parlamentarischen Rat. Wir können zeigen, wie berühmte Namen der Frauenbewegung – mit eigenen Bezügen zum rheinisch-westfälischen Industrievier – regionale Wahlrechtsgruppen unterstützten.

Die Schwierigkeiten, Weimarer Politikerinnen im Ruhrgebiet zu erforschen, ergeben sich aus der verwaltungstechnischen Verfasstheit der Region, die in einer hochgradig kleinteiligen Quellenlage ihren Ausdruck findet. Wir konnten kaum auf Vorarbeiten zurückgreifen. Wichtige Anknüpfungspunkte bieten die in den 1980er-Jahren von den gerade eingerichteten Frauenbüros unterstützten ersten Frauenstadtschichtungen. Die Frauenbüros in NRW initiierten dann auch zum Jubiläum 2019 im Internet eine interaktive Karte zu den ersten Ratsfrauen. Das Schlüsselwerk von Winfried Reininghaus „Darum wählt!“ erschien erst 2019. Für die durch und durch androzentrische Geschichte des Ruhrgebiets ist das Frauenwahlrecht kein Thema. Die Erforschung der politischen Unruhen der Jahre 1916 bis 1919, von Soldatenräten, Bürgerkrieg und Kapp-Putsch 1920 kommt nahezu ohne frauen- und geschlechtergeschichtliche Perspektive aus. Der lokalgeschichtliche Blick zwingt, Akteurinnen im Rahmen der jeweils aktuell vor Ort herrschenden politischen Konflikte zu sehen, die sich zwischen Hagen, Herne oder Horst unterschiedlich darstellte. Zu Fragen wie die von Kathleen Canning nach dem „Geschlecht der Revolution“ oder „Citizenship Effects“ können wir allenfalls erste Hypothesen formulieren. Vor allem aber bezweifeln wir mit lokalgeschichtlich geschärftem Blick eine angebliche Befriedung der politischen Bühne durch weibliche Akteurinnen. Im Ruhrgebiet begann ein neuer „Kulturkampf“. Dies macht eine Orientierung von politikgeschichtlicher Forschung nicht nur an „Geschlecht“, „Klasse“ oder „Ethnie“ nötig, sondern zuvörderst an „Konfession“.